

Bericht

des Finanzüberwachungs- und Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 310 der Beilagen) betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2016

Der Finanzüberwachungs- und Finanzausschuss hat sich in der Sitzung vom 21. Juni 2017 mit der Vorlage befasst.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl stellt fest, dass das Land Salzburg auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2016 in finanzieller Hinsicht zurückschauen könne. Man habe in diesem Jahr sehr gut gewirtschaftet. Der strenge Budgetvollzug in allen Abteilungen - überwacht durch die Finanzabteilung - habe sich wieder einmal bewährt. Die Einnahmen und Ausgaben hätten rund € 3,13 Mrd. betragen. Das seien um rund € 155 Mio. mehr, als der Landesvoranschlag 2016 vorgesehen habe. Der Schuldenstand habe erfreulicherweise von rund € 2,1 Mrd. auf € 1,9 Mrd. gesenkt werden können. Der angefallene Zinsaufwand für die genannten Schulden habe sich auf nur rund € 49,3 Mio. belaufen. Das Maastricht-Ergebnis des Landes Salzburg habe 2016 rund € 49,5 Mio. betragen. Das bedeute, nach Berücksichtigung des Finanzierungssaldos des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 sei man bei einem Plus von € 35,8 Mio. Der Stabilitätspakt sei dadurch übererfüllt worden. Die Haftungen seien von über € 1,8 Mrd. auf € 869 Mio. zurückgegangen. Dies sei in erster Linie auf die Auflösung des Landeswohnbaufonds, aber auch auf das Abreifen einiger Haftungen bei der Landes-Hypothekensbank zurückzuführen. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzabteilung, insbesondere bei Hofrat Dr. Prucher und Mag.^a Pumberger-Langthaler als Referatsleiterin recht herzlich. Sie alle hätten wieder sehr gute Arbeit geleistet mit ihrem Team. Auch allen Abteilungen wolle er seinen Dank aussprechen, dass sie den strengen Vollzug des Budgets mitgetragen hätten. Darüber hinaus gebühre auch Dr.ⁱⁿ Schausberger, Leiterin der Buchhaltung, Dank, die in Zusammenarbeit mit der Finanzabteilung, nicht nur an der Erstellung des Rechnungsabschlusses beteiligt gewesen sei, sondern auch noch das große Projekt der Umstellung der Buchhaltung auf die Doppik daneben zu bewältigen habe.

Der Landesrechnungshofbericht sei allen Parteien zugegangen. Aus seiner Sicht seien daraus drei Punkte erwähnenswert: Der Rechnungshof kritisiere, dass es nicht sicher sei, ob die Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 eingehalten werden könnten. Diese Kritik sei für ihn nicht nachvollziehbar. Durch die Erstellung des Doppelbudgets für die Jahre 2017 und 2018 habe man zugegebenermaßen Schwierigkeiten, den Stabilitätspakt einzuhalten. Er sei aber guter Dinge, weil man auch mit dem Budget 2016 zunächst mit dem Verfehlen der Ziele des Stabilitätspakts gerechnet habe. Durch den strengen Budgetvollzug und vor allem

aber, das sei zu betonen, durch die vielen Einmaleffekte bei den Einnahmen von Bankenvergleichen habe der Stabilitätspakt 2016 ohne Probleme eingehalten werden können. Natürlich werde es eine Herausforderung für das Jahr 2017, aber vor allem dann für 2018 und die Folgejahre. Man werde bei den Finanzstrukturen einiges ändern müssen, um den Stabilitätspakt und die Maastricht-Kriterien einhalten zu können. Das Finanzressort habe dazu aber schon einige Überlegungen angestellt. Diese müssten dann in den nächsten Jahren entsprechend umgesetzt werden. Weiters merke der Landesrechnungshof an, dass im Rahmen des Verkaufs der Anteile an der Salzburger Landes-Hypothekenbank eine Vereinbarung über Auskunfts- und Einsichtsrechte unterfertigt wurde, welche laut Rechnungshof dessen Interessen im Hinblick auf Kontroll- und Prüfkompetenzen nicht berücksichtige. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl hält es für bemerkenswert, dass man im Zuge der Verhandlung des gesamten Landes-Hypothekenbank-Paketes erreicht habe, dass das Land Einsichts- und Aufsichtsrechte habe wahren können, obwohl man keine Anteile mehr an der Bank habe. Die Landesregierung habe zur Ausübung dieser Funktion einen Steuerberater in den Aufsichtsrat entsandt. Dadurch würden die Interessen des Landes auch weiterhin wahrgenommen. Es sei nicht nachvollziehbar, warum der Landesrechnungshof Kontroll- und Einsichtsrechte haben sollte, obwohl das Land gar keine Anteile der Landes-Hypothekenbank mehr besitze. Der Landesrechnungshof habe auch kritisiert, dass die Wertpapiere der Landesapothek und des Verwaltungsfonds der Salzburger Landeshilfe in der Vermögensrechnung nicht erfasst seien. Dies werde aber bei der Umstellung auf die Doppik umgesetzt werden. Das gleiche sei auch zu einigen anderen Kritikpunkten des Rechnungshofes festzustellen. Mit der Umstellung auf die Doppik würde dieses beseitigt und es hätte einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand bedeutet, diese Dinge noch im auslaufenden System umzustellen.

Abschließend bedankt sich Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl noch einmal für die Erstellung des Rechnungsabschlusses bei der Buchhaltung und bei der Finanzabteilung sowie beim Landesrechnungshof für die kritische Durchsicht. Auch wenn man nicht immer gleicher Meinung sei, seien alle sehr bemüht, zum Wohle unseres Landes das Beste zu leisten.

Landesrechnungshofdirektor Mag. Hillinger erläutert sodann die Ergebnisse des Landesrechnungshofberichtes betreffend den Rechnungsabschluss im Detail.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi schließt sich dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung 8 unter der Führung von HR Dr. Prucher an. Was in den letzten Wochen und Monaten gearbeitet und geleistet worden sei, verdiene außerordentliche Hochachtung.

An dieser Stelle sei aber auch der Landesregierung zu gratulieren. Dieser Rechnungsabschluss führe den bereits eingeschlagenen und eigentlich auch alternativlosen Weg der Budgetkonsolidierung konsequent fort. Die Landesregierung sei im Jahr 2013 unter schwierigsten Bedingungen angetreten, aber heute liege ein Rechnungsabschluss vor, in dem die Landesschulden um weitere € 174 Mio. verringert werden konnten. Der Schuldenstand habe erstmals wieder klar unter die Zwei-Milliarden-Marke gedrückt werden können. Das sei eine großartige Leistung der Landesregierung und vor allem des Landesfinanzreferenten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl.

Der aktuelle Rechnungsabschluss zeige aber auch, dass es durchaus gelingen könne, den Spagat zwischen Budgetkonsolidierung auf der einen Seite und Umsetzung von wirksamen und nachhaltigen Impulsen für unser Land Salzburg zu schaffen. Es sei in vielen Bereichen klug investiert worden. Dies lasse sich auch in Zahlen ablesen. Sie wolle daher einige Punkte herausgreifen, die besonders erfreulich seien und trotz des strengen Budgetkurses umgesetzt werden konnten:

Salzburg nehme bei der Arbeitsmarktsituation weiterhin die Führungsrolle im Bundesländervergleich ein. Die Arbeitslosenrate habe gesenkt werden können in einer Situation, wo es europaweit gesehen einen anderen Trend zu verzeichnen gegeben habe.

Im Wirtschaftswachstum liege Salzburg an zweitbesten Stelle. Auch hier habe die Landesregierung trotz des bereits strikten Budgetkurses erfolgreich Maßnahmen setzen können.

Von insgesamt 432 Vorhaben des Regierungsübereinkommens seien 305, also etwa 70 %, erledigt. 113 Projekte seien derzeit in Umsetzung. Die Wohnbauförderung habe man auf neue Beine gestellt, die Verwaltung mit einer Deregulierungsoffensive reformiert und nachhaltige Impulse im Wirtschafts- und Arbeitsmarkt sowie im Tourismus gegeben.

Was die Wirtschaftsförderung und die Arbeitsmarktsituation anbelange, sei der Talente-Check ein besonderes Anliegen von Landeshauptmann Dr. Haslauer. Diese Maßnahmen seien von eminenter Bedeutung, um die Jugend entsprechend auf die Zukunft vorzubereiten und die gute Entwicklung der Salzburger Wirtschaft auch in der Zukunft zu gewährleisten. Weiters habe die Regierung eine Breitbandinitiative gestartet, um auch die ländlichen Regionen besser anzubinden. Auch mit dem neuen Raumordnungsgesetz habe man ein enormes Stück an Arbeit geleistet.

Ebenso habe man im Sozial- und Gesundheitsbereich wichtige Maßnahmen gesetzt. Nach dem jahrelangen Stillstand in diesem Bereich in früheren Jahren, sei es dieser Regierung trotz strengen Budgetkonsolidierungskurses gelungen, Akzente zu setzen, wovon sie einige nennen wolle: Es sei ein zeitgemäßes Behindertengesetz geschaffen worden. Die Tagesbetreuungsplätze für Menschen mit Behinderungen habe man ausgebaut. Ein neues Gehaltssystem und Arbeitszeitgesetz in den Kliniken konnte nach schwierigen Verhandlungen umgesetzt werden. Nach Durchführung einer Strukturreform seien die Spitäler in den Regionen nun abgesichert. Es werde außerdem derzeit an einem neuen Kinderbetreuungsgesetz gearbeitet. Alle diese Beispiele zeigten, dass das Land alles andere als kaputt gespart werde. Es werde konstruktiv gearbeitet und unter diesen Voraussetzungen Bestmögliches geleistet. Dazu dürfe sie herzlich gratulieren. Neben diesen budgetären Herausforderungen habe die Landesregierung derzeit auch noch die Umstellung der Finanzverwaltung vom kameralen System auf die Doppik zu bewältigen. Durch diese Umstellung werde sich die Transparenz entscheidend erhöhen.

Alles in allem gesehen sei es ein wirklich guter Weg, der hier eingeschlagen worden sei. Es sei zwar keine Frage, dass die Herausforderungen weiterhin groß blieben. Insbesondere die Einhaltung der Maastricht-Kriterien werde der Regierung noch einiges abverlangen. Sie sei aber guter Dinge, dass mit dieser Landesregierung noch sehr viel Positives geschafft werde.

Klubvorsitzender Abg. Steidl spricht ebenfalls seinen Respekt und seinen Dank gegenüber allen aus, die in der Verwaltung sowohl im Amt als auch in den Bezirkshauptmannschaften, aber auch in den Betrieben bis zum Landesrechnungshof bei der Vollziehung des Budgets und der Erstellung dieses Rechnungsabschlusses beteiligt gewesen seien. Man könne sehr stolz sein, dass das Land so viele gute Mitarbeiter habe.

Jedem Rechnungsabschluss gehe ein Budget voran. Jedes gut durchdachte Budget sei zunächst einmal ein Blick in die Zukunft, wenn es beschlossen werde. Dann, etwa eineinhalb Jahre später, habe man beim Rechnungsabschluss Gelegenheit, einen Rückblick zu machen, ob alle mit dem Budget gesteckten Ziele von A wie Arbeitsmarkt über M wie Masterplan bis hin zu Z wie Zukunft erreicht werden konnten. Dadurch könne man aus der Vergangenheit die richtigen Schlüsse ziehen und Entscheidungen für die gegenwärtige Politik treffen. Es sei auch der Zeitpunkt, die Disziplin im Budgetvollzug zu überprüfen. Es sei festzustellen, dass die Budgetdisziplin im Vollzug grundsätzlich streng gewesen sei. Auf der anderen Seite werde dieser Kurs vor allem durch die Finanzkraft des immer so verteufelten früheren Wohnbaufonds unterstützt. Klubvorsitzender Abg. Steidl erinnert dazu an die Budgetdebatte des vergangenen Jahres im Dezember. Es gehe aus dem Rechnungsabschluss hervor, dass es aus dem Wohnbaufonds vorzeitige Rückflüsse aus Darlehen in der Höhe von mehr als € 600 Mio. gegeben habe. In der politischen Beurteilung des Budgetvollzuges habe er festgestellt, dass es in so manchen Ressorts zu einer gewissen Sprunghaftigkeit, aber auch unpräzisen Budgetierungen gekommen sei. Vor allem die unterschiedliche Darstellung von Rücklagenentnahmen und -zuführung sei für die SPÖ nicht ganz nachvollziehbar.

Insgesamt sei das Budgetjahr 2016 durch einen besseren Verlauf der Bundesertragsanteile, nämlich ein Plus von € 27 Mio., positiv beeinflusst worden. Damit habe sich auch in der Vollziehung ein zusätzlicher erheblicher Spielraum ergeben. Wie sich der Reichtum unserer Gesellschaft entwickle, habe sich auch früher sehr gut aus den Budgets der öffentlichen Haushalte ablesen lassen. Die Finanzierungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte gestalte sich aber seit vielen Jahren immer schwieriger, weil sich viele, die sich in der Vergangenheit an der Finanzierung des Staates beteiligt haben, zusehends ausklinkten. Zum einen gehe die Zahl der Arbeitnehmer und Unternehmungen in Salzburg, die klein- und mittelstrukturiert seien und die entscheidend zur Finanzierung des Staates betrügen, kontinuierlich zurück. Zum anderen klinkten sich weltumspannende, multinationale Konzerne immer öfter aus der Finanzierung des Staates aus. Das typische Beispiel sei das Dorfcave, welches brav alle seine Steuern zahle. Aber das amerikanische Cafehaus-Unternehmen in den Fußgängerzonen oder Einkaufszentren entziehe sich dieser Zahlungsverpflichtung. Das betreffe dann nicht nur den Bund, sondern auch alle anderen Gebietskörperschaften, die ja auf den Finanzausgleich angewiesen seien. Man werde daher in der Steuerfrage kluge Überlegungen anstellen müssen, weil es dabei letztendlich auch um eine Verteilungsfrage, um die soziale Balance in unserer Gesellschaft gehe. Dazu brauche es auch Mut.

Ein weiteres Thema sei die Digitalisierung. Im Rahmen einer globalisierten Welt betreffe dies natürlich auch Salzburg. Dies gehe zum Teil mit einer Verdrängung menschlicher Arbeitskraft einher. Und wenn der Mensch verdrängt werde, dann werde damit auch Gehalt und in der

Folge Konsum verdrängt. Es wirke sich auch auf die Leistung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen aus. Für diese Problematik brauche man Lösungen, weil das staatliche Finanzierungssystem sich auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stütze. Es brauche auch intensive Überlegungen, wie in Zukunft die Finanzierung und Gestaltung des Bildungssystems aussehen solle oder wie Mobilitätsprobleme zu lösen seien. Auch die Bereiche Gesundheitsversorgung, Klimaschutz und Integration seien eine immense Herausforderung. Das Anpacken dieser Probleme werde entscheidend dafür sein, ob Salzburg auch weiterhin zu den Wohlstandsregionen in Europa gehören werde.

Wie er schon in den Vorjahren angemerkt habe, stehe dem Schuldenstand des Landes auch ein enormes Vermögen gegenüber. Insgesamt könne man feststellen, dass das Land Salzburg finanziell gut dastehe. Allerdings müsse man die Problematik der Maastricht-Finanzierung und des Maastricht-Ergebnisses sehr ernst nehmen, denn da werde man sich nicht für immer auf die Rückflüsse aus dem Wohnbaufonds stützen können. Da braucht es auch andere Überlegungen.

Der Geldbestand des Landes Salzburg betrage derzeit fast € 600 Mio. Hier müsse er natürlich die politische Frage stellen, ob es nicht sinnvoll wäre, in Zeiten der schwachen Konjunktur und der sich zwar erholenden, aber nach wie vor schwierigen Arbeitsmarktlage, aus diesen Geldmitteln heraus einiges zu investieren. Das Land sei schließlich kein Sparverein, sondern sollte danach getrachtet werden, dass dieses Geld, das ja Steuergeld sei, auch im Wirtschaftskreislauf gehalten werde. Davon profitierten letztendlich alle.

Abschließend hält Klubvorsitzender Abg. Steidl fest, dass sich die Transparenz des Rechnungsabschlusses in den letzten Jahren durchaus verbessert habe. Die Kritik der letzten Jahre sei positiv aufgegriffen und gut umgesetzt worden. Die Differenzbegründungen seien zwar nicht immer nachvollziehbar und auch noch nicht immer ganz vollständig. Er gehe aber davon aus, dass man dort in den nächsten Jahren auch noch nachbessern werde. Die SPÖ werde auf solche Dinge weiter geduldig hinweisen und Verbesserungen auch dementsprechend honorieren.

Klubobmann Abg. Schwaighofer ist der Ansicht, dass das Jahr 2016 durch die Bankenvergleiche und andere Ereignisse, die im Vorfeld nicht absehbar und damit auch nicht budgetierbar gewesen seien, finanziell unter einem guten Stern gestanden habe. Auch wenn das letzte Haushaltsjahr sehr gut gelaufen sei, dürfe man jetzt nicht übermütig werden und sozusagen verschwenderisch mit den finanziellen Mitteln umgehen. Er wolle nur anmerken, dass es schon ein Charakteristikum dieser Landesregierung sei und auch die Koalition präge, dass man immer versuche - vor allem bei sich selber - sparsam zu sein. Er weise darauf hin, dass beispielsweise die Marketingausgaben der Landesregierung kontinuierlich gesunken seien. Weiters bemühe man sich, möglichst zukunftsorientiert zu investieren und dafür zu sorgen, die Lebensbedingungen der Menschen in diesem Land zu verbessern, dass man Nachhaltigkeit und Entwicklung entsprechend sicherstelle und mit Ressourcen entsprechend sorgsam umgehe. In der Debatte zum Rechnungsabschluss 2015 habe Walter Steidl gesagt, der Rechnungsabschluss sei ein Prüfstein der Landespolitik und der Landesregierung in der Rückschau, aber

natürlich auch ein bisschen in der Vorschau. Und dabei zeige sich beim Rechnungsabschluss, für wen Politik gemacht werde. Das sei sozusagen die Frage Steidls an das Auditorium gewesen: „Für wen wird Politik gemacht?“ Auf diese Frage wolle er nun ein wenig eingehen. Es herrsche wohl Einverständnis darüber, nach Kräften zu versuchen, für die Bevölkerung Politik zu machen, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die alten Menschen, für die jungen Menschen, für die Bildung, dort insbesondere für die sozial Benachteiligten, Mindestsicherungsempfänger, für Menschen mit Behinderung oder Flüchtlinge. Daran könne man Politik auch gut messen, was sie für die Menschen in diesem Land, vor allem für die Schwächsten, tue. Dazu wolle er exemplarisch ein paar Dinge anführen, von denen die Grünen glauben, dass hier richtig und zukunftstauglich gehandelt worden sei.

Beispielsweise habe sich beim Haushaltsvollzug 2016 herausgestellt, dass für soziale Zwecke zusätzliche Mittel notwendig seien. Daraufhin seien in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Mindestsicherung auch tatsächlich zusätzliche Mittel eingesetzt worden, weil man gemerkt habe, dass dort der Bedarf offensichtlich gestiegen sei. Daran habe sich ganz klar gezeigt, für wen Politik gemacht werde, für die Bevölkerung. Gerade im Sozialbereich sei es nicht immer ganz einfach, wenn ein Sparkurs eingeschlagen werde, da man hier häufig mit steigenden Ausgaben konfrontiert sei. Dies hänge wohl auch mit den Entlohnungsbedingungen zusammen. Die Grünen setzten sich daher für einen entsprechenden Mindestlohn in allen Bereichen ein, denn dadurch könne die Zahl der Menschen, die von Armut akut bedroht seien, deutlich verringert werden. Klubobmann Abg. Schwaighofer weist darauf hin, dass es auch ein neues Behindertengesetz gebe. Dieses Gesetz mache viele Dinge möglich, wie z. B. die persönliche Assistenz, für die sich die Grünen schon sehr lange eingesetzt hätten. Somit sei das Gesetz auf jeden Fall ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gewesen. Im Bereich der Wirtschaftsförderung habe man mit der Investitionszuwachsprämie offensichtlich einen Nerv getroffen. Diese Prämie habe viel bewegt. Das Impulspaket der Landesregierung sei konsequent weiter abgearbeitet worden. Auch die positive Entwicklung der Spitäler sei zuvor schon angesprochen worden. Aus seiner Sicht sei man im Bereich der Gesundheitspolitik manchmal ein bisschen zu schnell da mit großen Vorwürfen. Es wisse doch jeder, dass sich die Landespolitik aufgrund der Vorgaben, die der Bund und die EU machten, ganz schwer tue, die regionalen kleinen Spitäler überhaupt zu erhalten. Es gebe hier daher nur den Weg der Kooperation von Krankenhäusern, damit eine Versorgung vor Ort aufrecht gehalten werden könne. Damit werde auch sichergestellt, dass entsprechendes Personal gefunden werden könne und dass dort der Standort abgesichert sei. In der Kinderbetreuung habe die Regierung 2016 den Ausbau entsprechend vorangetrieben. Es sei daneben intensiv am Kinderbetreuungsgesetz gearbeitet worden. Allerdings habe man in diesem Bereich momentan leider eine sehr unerfreuliche Situation, dass nämlich der Bund beschlossen habe, im Rahmen des Finanzausgleichs einen sogenannten aufgabenorientierten Finanzausgleich zu entwickeln, welchen man zunächst bei der Kinderbetreuung erproben wollte. Die Idee dahinter sei gewesen, dass die Gemeinden die vom Bund zur Verfügung gestellten Gelder nicht mehr von den Ländern bekommen, sondern dass der Bund sich direkt einschalte und dann anhand von Qualitätskriterien den Gemeinden Gelder zuteile. Nachdem es diesbezüglich aber noch keine konkreten Ergebnisse gegeben habe, sei es entsprechend schwierig gewesen,

das Kinderbetreuungsgesetz entsprechend voranzutreiben. Der Gemeindeverband stehe dem Gesetz verständlicherweise skeptisch gegenüber, da die Gemeinden ja nicht wüssten, was da von Bundeseite auf sie zukomme, ob sie mehr oder weniger Geld bekämen und vor allem auch wofür. Nach Ansicht der Grünen gäbe es vielleicht andere Bereiche, bei denen die Erprobung des aufgabenorientierten Finanzausgleichs wesentlich sinnvoller wäre.

Im Asylbereich habe man im Jahr 2016 steigende Ausgaben gehabt. Insgesamt könne man aber sagen, dass man mit den getroffenen politischen Maßnahmen in den unterschiedlichsten Bereichen dieses Problem gut bewältigt habe. Jetzt werde es darum gehen, die Integration intensiv voranzutreiben. Man könne nicht wissen, ob es nicht auch wieder zu neuen Flüchtlingsströmen oder einer größeren Anzahl von Asylsuchenden bei uns kommen werde. Da sei zu vieles offen und manche Ankündigungen aus seiner Sicht auch zu falsch und zu wenig ausgegoren. Zum Bildungsbereich sei auszuführen, dass Salzburg insgesamt im Bereich der Pflichtschulen - vor allem im ländlichen Raum - eine adäquate Ausstattung habe. Probleme gebe es eher im städtischen Bereich, weil es hier sehr viele große Klassen gebe und die Zahl der Unterstützungskräfte als nicht ausreichend zu bezeichnen sei. Hier müssten auch entsprechende Mittel von Seiten des Bundes zusätzlich eingesetzt werden. Ein Erfolgsprojekt sei hingegen der Einsatz von administrativen Mitarbeiterinnen in den Pflichtschulen. Dieses Anliegen sei seit mehreren Jahren verfolgt worden und viele Landgemeinden hätten dies umgesetzt, was natürlich auch das Land etwas koste. Leider sei dieses Erfolgsprojekt in der Stadt noch nicht realisiert worden. Solche Maßnahmen seien eben auch eine Form der Bildungsreform, wie sie jetzt auf Bundesebene verhandelt worden sei, aber eben im Kleinen und entsprechend ergebnisorientiert.

Ein weiteres zentrales Thema sei die Frage der Mobilität. Es sei schon relativ viel vorangebracht worden. Es müssten aber in Zukunft alle an einem Strang ziehen: das Land, die Gemeinden, die Stadt, vielleicht auch die Betriebe und andere mehr. Der Weg, den man eingeschlagen habe, sei der richtige, wenn es gelänge, in den nächsten Jahren entsprechend mehr Geld in erster Linie für den öffentlichen Verkehr dafür bereitzustellen. Offenbar habe die Krise erst einmal so groß werden müssen, dass allen bewusst wurde, dass man sich entsprechend an einen Tisch setzen müsse.

Klubobmann Abg. Schwaighofer ruft in Erinnerung, dass das Jahr 2016 ein Jubiläumsjahr gewesen sei. Das Landesprojekt "Salzburg 20.16 - 200 Jahre Salzburg bei Österreich", sei sehr erfolgreich abgewickelt worden. Dies sei nicht selbstverständlich. Man habe auch schon erlebt, dass Landesausstellungen Misserfolge geworden seien, dass die Ausgaben ausufernten, die Budgets nicht hielten und ähnliche Dinge mehr. Jetzt könne man rückblickend sagen, dass dieses Jubiläumsjahr höchst erfolgreich begangen worden sei. Es habe insgesamt so an die 600 Aktivitäten in allen Gemeinden des Landes gegeben. Da sei auch viel Impulshaftes passiert, das Wege für die Zukunft aufgezeigt oder Probleme thematisiert habe. Erfreulicherweise werde dieses Jubiläumsprojekt ausgeglichen oder sogar mit einem kleinen Überhang bilanzieren. Das Budget, das veranschlagt worden sei, sei also sehr gut eingesetzt worden.

Abschließend zitiert Klubobmann Abg. Schwaighofer das Motto der diesjährigen Goldegger Dialoge, welches „Mut zum Miteinander“ gelautet habe. Man müsse sich bewusst sein, dass auch das Miteinander nicht selbstverständlich sei, sondern sehr fordernd sein könne, weil es ja immer auch voraussetze, dass man die eigene Position auch ein bisschen zurück- und das Miteinander in den Vordergrund stelle. In dieser Regierungskoalition pflege man erfreulicherweise ein entsprechendes Miteinander. Wie man auch überhaupt festhalten müsse, herrsche auch im Salzburger Landtag ein Klima, um das uns andere Länder beneideten. Dazu brauche man den Mut, nicht ständig dem nachzugehen, was vielleicht manche Medien gerne hätten, also sich ständig gegenseitig massiv zu kritisieren und Dinge zu unterstellen. Man müsse auch den Mut haben, dazu zu stehen, wenn es etwas zu verbessern gebe. Er sei zuversichtlich, dass das auch in Zukunft gelingen werde. In der laufenden Gesetzgebungsperiode seien über 60 % der Beschlüsse im Salzburger Landtag einstimmig gefasst worden. Das sei auch ein Zeichen dafür, dass alle bestrebt seien, das Land gemeinsam voranzubringen und bei entscheidenden Dingen auch gemeinsam an einem Strang gezogen werde.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell meint, dass es schön wäre, wenn die Finanzverwaltung die Betriebe auch so wohlwollend prüfen würde, wie der Landtag den Rechnungsabschluss. Grundsätzlich sei zunächst einmal dem Landesrechnungshof für den sehr detaillierten und aussagekräftigen Bericht über den Rechnungsabschluss 2016 herzlich zu danken. Dieser Bericht stelle wirklich eine sehr gute Unterlage dar, die das große Zahlenwerk übersichtlicher mache und dabei den Abgeordneten sehr dabei helfe, es besser zu verstehen. Man müsse sich bewusst sein, dass der Landtag überwiegend nicht aus Berufspolitikern, sondern aus Menschen bestehe, die einem Beruf nachgingen. Die Unterlagen kämen normalerweise erst relativ spät. Der Bericht des Landesrechnungshofes stelle sicher, dass man das so durcharbeiten könne, dass man sich auch ruhigen Gewissens zu Wort melden und abstimmen könne.

Das Land Salzburg habe im Jahr 2016 Ausgaben und Einnahmen im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt von rund € 3,1 Mrd. verzeichnet. Das läge deutlich über dem Voranschlag 2016. Der Schuldenstand habe sich auf € 1,9 Mrd. verringert, was an und für sich erfreulich sei. Trotzdem dürfe nicht vergessen werden, dass noch rund € 49 Mio. bis 50 Mio. an Zinsen gezahlt werden müssten. Dieses Ergebnis habe man in erster Linie durch den Verkauf der Wertpapiere und auch die vorzeitige Rückzahlung der Landeswohnbaudarlehen erzielt. Da dies Einmaleffekte seien, sei die glückliche Budgetentwicklung insofern doch ein bisschen mit Vorsicht zu bewerten. Die Senkung der Haftungen des Landes von € 1,8 Mio. auf rund € 870.000,- sei ebenfalls erfreulich und auf den Landeswohnbaufonds zurückzuführen. Auch das sei ein Einmaleffekt. Seiner Ansicht nach habe man es versäumt, zukunftsorientierte Maßnahmen zu setzen und geordnete Finanzen zu erzielen. Er würde sich wünschen, dass mehr nach dem Motto „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ vorgegangen werde.

Bemerkenswert sei auch, dass die über die Jahre wiederholt gegebenen Empfehlungen des Landesrechnungshofes auch im Jahr 2016 wieder nur zögerlich oder eben auch gar nicht umgesetzt worden seien. Er dürfe die Landesregierung daran erinnern, dass der Landesrechnungshof ein Kontrollorgan des Landtages sei. Dessen Anmerkungen und Empfehlungen seien

daher auch durchaus ernst zu nehmen. Auch die Forderung, dass der Landeshaushalt zukünftig besser geplant werden solle und unter Einhaltung des österreichischen Stabilitätspaktes zu erfolgen habe, müsse beachtet werden. Finanzreferent Dr. Stöckl habe das schon angesprochen und auch in Aussicht gestellt. Dies freue die FPS und er hoffe, dass dies in Zukunft auch tatsächlich umgesetzt werde. Es brauche nachhaltige Haushaltskonsolidierung. Um dieses Ziel zu erreichen brauche es Bürokratieabbau - wie man ja nicht müde werde, vor jeder Wahl zu betonen - aber auch die nachhaltige Einsetzung von Fördergeldern und eine gewisse Strenge in der Budgetplanung.

Bemerkenswert sei auch die Tatsache, dass sich im Rechnungsabschluss noch zwei Derivatgeschäfte, sogenannte Zinsswaps, befänden. In der Vermögensrechnung scheinen diese nach dem Prüfbericht des Landesrechnungshofes nicht mit dem Barwert von € 20 Mio. auf, sondern nur mit € 10 Mio. Es gebe jedoch einen Beschluss des Landtages, dass keine Spekulationsgeschäfte mehr getätigt werden dürften. Außerdem fragt sich Klubobmann Dr. Schnell, wo die restlichen € 10 Mio seien. Habe man sich hier ein Körpergeld für die zukünftige Wahl auf die Seite gegeben, um dann doch etwas Geld für die Bevölkerung heraus zu zaubern oder sei es eine Vorsorgemaßnahme für die Flüchtlingsströme, die noch kommen würden?

Weiters kritisiert Klubobmann Dr. Schnell, dass im Rechnungsabschluss Umschichtungen in den einzelnen Ressorts wieder einmal auf der Tagesordnung stünden. Dies betreffe zum einen die Kosten für die Bewältigung der Flüchtlingskrise, deren Auswirkungen den Haushalt ganz massiv belasteten. Es müsse einmal ganz offen gesagt werden, dass dieser Umstand auch soziale Errungenschaften unserer Vorgänger gefährde. Das müsse man den Menschen einmal klar ins Gesicht sagen. Es gebe in der Grundversorgung Mehrausgaben von € 14 Mio., sodass also nur in diesem Ausgabenbereich eine Erhöhung auf € 45 Mio. zu verzeichnen sei. Auch die Unterbringung und Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge schlage mit Millionen Euro zu Buche. Man wende Unsummen für Flüchtlingsquartiere auf, die gar nicht mehr belegt seien, damit man sagen könne, man habe eh Vorsorge getroffen, kommt her, die Betten sind frei. Das würde man sich für den Tourismus auch so wünschen. Eine Masseneinwanderung wie im Jahr 2015/2016 werde sich die Republik Österreich aber auch das Land Salzburg in Zukunft wohl nicht mehr leisten können. Denn wenn man die Summe aller Aufwendungen des Budgets genau durchleuchte, dann komme man ungefähr auf € 90 Mio. Das sei etwas, das man sich ganz klar vor Augen führen müsse. Wenn man Gutes tun wolle, dann müsse man zuerst auch überlegen, ob man sich das leisten könne, ohne die eigenen sozialen Errungenschaften in Gefahr zu bringen. Zum anderen sei die Aufarbeitung der Folgekosten des Finanzskandals eine weitere Baustelle. Vier Jahre nach dem Auffliegen des Finanzskandals müssten immer noch Millionenbeträge, unter anderem auch für externe Berater, aufgewendet werden. Vermutlich kämen auch in den nächsten Jahren für die Umstellung auf die Doppik noch erhebliche Kosten auf das Land zu.

Die FPS erwarte sich für die Zukunft, dass die Kritik des Landesrechnungshofes aufgegriffen und die Wertpapiere der Landesapothek und des Verwaltungsfonds Salzburger Landeshilfe in die Vermögensrechnung aufgenommen würden. Auch das habe der Finanzreferent in Aussicht gestellt. Der Landesrechnungshof habe auch zu Recht kritisiert, dass Zahlungsrückstände

teilweise über Jahre hinaus bestanden hätten und einfach ignoriert worden seien. Dadurch habe sich das Bilanzbild verfälscht. Außerdem ziehe dies einen enormen Verwaltungsaufwand mit sich. Man solle sich dabei vor Augen halten, dass in der Privatwirtschaft jahrelange Zahlungsrückstände ohne irgendwelche Konsequenzen überhaupt nicht denkbar wären.

Nachdem der Gesundheitsbereich von seinen Vorredner mehrfach angesprochen worden sei, wolle Klubobmann Dr. Schnell auch dazu Stellung nehmen, nicht zuletzt deswegen, da ihn dieses Thema ganz besonders betreffe und berühre. Klubobmann Abg. Schwaighofer habe gesagt, man müsse Verbesserungen durch die Zentralisierung erreichen. Dazu müsse man sich aber die Budgets der einzelnen Krankenhäuser genauer anschauen. Seit man damit begonnen habe, ärztliche Leistungen an einzelnen Standorten zusammenzuführen und zu konzentrieren, seien die Kosten einiger Krankenhäuser und auch deren Schulden enorm gestiegen. Dort, wo man ärztliche Leistungen eingespart habe, seien im Gegenzug im Verwaltungsbereich enorme Kostensteigerungen bemerkbar gewesen. Plötzlich brauche man in Krankenhäusern einen Koordinator, Kommunikator und Controller und es würden im Verwaltungsbereich zehn oder mehr Leute neu eingestellt, anstatt dringend notwendigen Turnusärzten. Er sage ganz ehrlich, dass diese Zentralisierungen fast nie richtig funktioniert hätten. Wenn man wirklich das periphere Gesundheitswesen aufrechterhalten wolle, dann müsse man das mit den dort Verantwortlichen machen. Es gebe Einsparungsmöglichkeiten, aber man rede nicht mit denen, die die Verantwortung dafür trügen und sagen könnten, wo es Einsparungspotential ohne Nachteil für die Patienten gebe. Das werde nicht gemacht, sondern man rufe wie immer nach externen Beratern, die vom Gesundheitswesen null Ahnung hätten. Das werde sich über kurz oder lang rächen. Denn eines sei klar, das außerordentlich gute österreichische Gesundheitswesen laufe Gefahr, zukünftig nicht mehr zu funktionieren. Es gebe viel Einsparungspotenzial, aber das werde nicht wahrgenommen.

Die sogenannte Gehaltsreform im Landesdienst werde den gewünschten Effekt wahrscheinlich erst in Jahren erzielen. Zurzeit entstünden nur erhebliche Mehrkosten. Die in der Verwaltung angegangenen Strukturreformen hätten sich finanziell natürlich noch nicht niedergeschlagen. Auffällig seien die hohen Kosten für Überstunden der Landesbediensteten. Die FPS habe immer gewarnt, dass bei einem derartigen Personalabbau die verbleibenden Mitarbeiter erheblich mehr belastet würden. Weitere Mehrkosten habe auch eine selbst ernannte Sauberpartei verursacht, die nach dem Einspruch bei der Bundespräsidentenwahl allein Salzburg € 337.000,-- gekostet habe.

Wie bereits im letzten Jahr seien auch heuer beträchtliche Mittel im Bereich der Kinder- und Nachmittagsbetreuung nicht abgeholt worden. So seien z. B. in der Nachmittagsbetreuung 50 % der Fördergelder nicht eingesetzt worden. Bei den Kindergärten habe man aber die Elternunterstützungen um 50 % gekürzt, mit der Begründung, man brauche das Geld für den Ausbau und für die Anhebung der Qualität in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Jetzt stelle sich heraus, dass im Jahre 2016 alleine im Bereich der Kinderbetreuung € 3,1 Mio. weniger ausgegeben worden seien. Diese Argumentation müsse ein Politiker erklären können, wenn man das eine sage und etwas völlig anderes tue.

Auch im Zuge der Wirtschafts- und Forschungsoffensive habe man mächtig mit dem Budget herumjongliert. So seien z. B. wichtige Fördermaßnahmen für den Erhalt der Nahversorger und der Regionalförderung unserer kleinen Mittelbetriebe zurückbehalten und Millionenbeträge in Richtung Forschung verschoben worden. Gegen die Forschungsförderung sei ja grundsätzlich nichts einzuwenden. Man wisse ja, wie enorm wichtig die Forschung für einen Wirtschaftsstandort sei. Wenn man sich allerdings die Lage vieler Klein- und Mittelbetriebe vor Augen führe, müsse man schon feststellen, dass man hier mit mehr Feingefühl agieren müsse. Mit solchen Maßnahmen könne man keine Verbesserung und keine Stärkung des ländlichen Raumes erzielen. Gerade Bäcker, Metzger und kleine Lebensmittelhändler seien auf Förderungen angewiesen. Klein- und Mittelbetriebe würden durch die Bürokratie und die Finanzverwaltung massiv belastet. Die Abgaben seien zu hoch, sodass einem das Arbeiten wirklich erschwert und vermiest werde.

Zum Thema Verkehr sei auszuführen, dass sich der Salzburger Landtag schon seit langem mit diesem Thema beschäftige. Unzählige Debatten seien darüber schon geführt worden, die Park&Ride-Parkplätze auszubauen oder für die Pendler das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr besser zu machen. Aber alle Jahre ergebe sich wieder das gleiche Bild, die Ausgaben für Park&Ride-Parkplätze würden nicht ausgeschöpft. So seien im Jahr 2016 € 598.000,-- vorgesehen gewesen, ausgegeben seien aber letztendlich nur € 270.000,--. Auch hier frage er sich, was man in der Öffentlichkeit diskutiere und wie sich diese Politik im Budget wiederfinde. Im Bereich des Verkehrsverbundes seien beträchtliche Mittel nicht ausgegeben worden. Hier wäre es ebenfalls an der Zeit, durch eine attraktive Tarifgestaltung für die Salzburgerinnen und Salzburger von den Vorteilen des öffentlichen Verkehrs zu überzeugen. Die einseitigen Maßnahmen gegenüber Autofahrern, im Besonderen in der Stadt Salzburg, würden den öffentlichen Verkehr letztendlich nicht attraktiver machen. Die FPS verwehre sich dagegen, dass gerade die Pendler aufgrund einer falschen Verkehrspolitik abgestraft würden.

Dieser Rechnungsabschluss sei jedenfalls ein weiterer Beleg dafür, dass die beschlossenen Voranschläge nicht immer eingehalten und im großen Stil Umschichtungen vorgenommen würden. Für Familien, Senioren und Klein- und Mittelbetriebe tue man viel zu wenig, sie würden vernachlässigt. Es wäre wünschenswert, dass in den nächsten Jahren auch Vorsorge für die einheimische Bevölkerung und nicht nur für Flüchtlinge getroffen werde. Die FPS vermisse das zu einem großen Teil in diesem Rechnungsabschluss.

Er wolle aber auch nicht verschweigen, dass es auch einige positive Aspekte im Rechnungsabschluss gegeben habe. Er hoffe, dass in diesem Stil weiter gearbeitet werde. Den Finanzreferenten beneide er nicht um seine Aufgabe, er habe eine große Baustelle übernommen. Die Politik werde letztendlich am Budget gemessen, denn dieses sei auch eine Darstellung der tatsächlichen Umsetzung politischer Ankündigungen. Es helfe daher nichts, wenn man sich selbst beweihräuchere und gratuliere. Es stünden harte Zeiten bevor. Er finde es unanständig, dass man der Bevölkerung ständig vorgaukle, dass auch kommende Flüchtlingskrisen bewältigt werden könnten. Er erinnere sich an die Diskussionen zu einem Antrag über die Vor-

teile des Zuzugs, von denen man aber leider nicht allzu viel verspüren könne. Es sei klar, dass die Kollegin Gutschi das Budget anders betrachte als Kollege Steidl oder Kollege Schwaighofer. Er ersuche aber trotzdem dringend, gewisse Dinge, gewisse Entwicklungen ernst zu nehmen, um möglicherweise nicht später böse Überraschungen zu erleben.

Abg. Steiner-Wieser führt aus, dass man bei den diversen Budgetüberschreitungen und Kostenexplosionen gut sehe, dass man aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt habe. Die Schuldensenkung höre sich theoretisch gut an, sei aber, wie bereits erwähnt, nur ein Einmaleffekt und würde das Bild über die Finanzen des Landes nur verzerren. Die Geldflüsse in die dritte Welt würden mehr werden, anstatt dass man dieses Geld für die Menschen im eigenen Land einsetze. Im Behinderten- und Seniorenbereich habe es zwar Verbesserungen gegeben, dennoch sei zur Erhöhung der Flexibilität von pflegenden Angehörigen noch viel zu tun. Einsparungsmöglichkeiten sehe sie vor allem im Kulturbereich. Der Arbeitsmarkt in Salzburg sei zwar stabil, jedoch sei die Arbeitslosenquote bei den über 50-jährigen stark gestiegen. Dem könne man zum Beispiel mit Entlastungen von Betrieben bei den Lohn- und Lohnnebenkosten für diese Altersgruppe entgegenwirken. Man werde auch das neue Raumordnungsgesetz nicht mittragen, da es verfassungsrechtlich nicht gedeckt sei, keinen Wohnraum mobilisiere und auch die Mieten dadurch nicht leistbarer würden. Im Bereich der Kinderbetreuung sei zwar viel passiert, die freie Wahlmöglichkeit nach dem Berndorfer Modell vermisse sie aber nach wie vor.

Abg. Riezler-Kainzner bringt für die SPÖ folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht, den Prozess zu einem, wie im Arbeitsübereinkommen der Landesregierung festgeschriebenen, abgestimmten Maßnahmenplan gegen Frauenarmut unter Einbeziehung aller relevanten Stellen und aller wesentlichen Bereiche mit konkreten Zielsetzungen zu starten und bis 10. Dezember 2017 über den aktuellen Stand der Arbeiten zu berichten.

der einstimmig angenommen wird.

Spezialdebatte:

In der Spezialdebatte wurden die Gruppen einzeln aufgerufen.

Gruppe 0 (Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung)

Die Gruppe 0 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 284.670.291,70 und Gesamteinnahmen von € 59.345.596,79

Die Gruppe 0 des außerordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 4.945.316,04 und Gesamteinnahmen von € 1.588.600,00

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc bringt folgenden SPÖ-Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht, den Landtagsfraktionen die Studie „Stabilitätskonforme Berücksichtigung nachhaltiger öffentlicher Investitionen“ zu übermitteln.

der zurückgezogen wird.

Protokollanmerkung: HR Dr. Prucher sichert die Übermittlung der Studie nach Erhalt von der Verbindungsstelle zu.

Die Gruppe 0 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und Abg. Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 1 (Öffentliche Ordnung und Sicherheit)

Die Gruppe 1 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 8.495.477,90 und Gesamteinnahmen von € 1.252.008,67

Die Gruppe 1 des außerordentlichen Haushaltes enthält keine Gesamtausgaben und keine Gesamteinnahmen

Die Gruppe 1 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, FPS und Abg. Fürhapter gegen die Stimmen der SPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 2 (Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft)

Die Gruppe 2 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 544.021.956,85 und Gesamteinnahmen von € 432.027.296,79

Die Gruppe 2 des außerordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 9.219.891,74 und Gesamteinnahmen von € 3.894.879,45

Die Gruppe 2 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und Abg. Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 3 (Kunst, Kultur und Kultus)

Die Gruppe 3 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 45.286.955,85 und Gesamteinnahmen von € 11.936.109,48

Die Gruppe 3 des außerordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 6.557.395,96 und Gesamteinnahmen von € 5.070.342,57

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc bringt folgende SPÖ-Entschließungsanträge ein:

Die Landesregierung wird ersucht, den Nachweis über Beteiligungen des Landes um Vereine oder Stiftungen, an denen das Land beteiligt ist, zu erweitern, um einen umfassenden Überblick über die Finanzsituation des Landes bzw. auch dieser Formen von Beteiligungen zu erhalten und dem Landtag bereits für das Jahr 2017 zu übermitteln.

Die Landesregierung wird ersucht, aufgrund der geänderten Eigentümerschaft in Hinblick auf die Festung Hohen Salzburg, im Sinne einer Kostentransparenz in der Budgetierung bereits ab dem Jahr 2017 gesonderte Ansätze für die Festung Hohen Salzburg, Burg Werfen, Burg Mauterdorf, Residenz Salzburg etc., zu schaffen.

die zurückgezogen werden.

Die Gruppe 3 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und Abg. Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 4 (Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung)

Die Gruppe 4 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 649.183.205,02 und Gesamteinnahmen von € 474.946.728,94

Die Gruppe 4 des außerordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 7.793.336,18 und Gesamteinnahmen von € 7.632.000,00

Abg. Riezler-Kainzner bringt folgenden SPÖ-Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht, in den Richtlinien für den Heizkostenzuschuss für die kommende Heizperiode im Jahr 2017 die Einkommensgrenzen angemessen zu erhöhen.

der mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und Abg. Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - abgelehnt wird.

Abg. Riezler-Kainzner bringt folgenden SPÖ-Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht, gemeinsam mit Expertinnen und Experten den Masterplan gegen häusliche Gewalt um die speziellen Notwendigkeiten für Flüchtlingsfrauen zu ergänzen und dem Landtag bis 31. Dezember 2017 zu berichten.

der einstimmig angenommen wird.

Die Gruppe 4 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und Abg. Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 5 (Gesundheit)

Die Gruppe 5 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 688.495.626,26 und Gesamteinnahmen von € 400.203.449,77

Die Gruppe 5 des außerordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 34.483.878,94 und Gesamteinnahmen von € 16.944.486,12

Die Gruppe 5 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und Abg. Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 6 (Straßen- und Wasserbau, Verkehr)

Die Gruppe 6 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 112.819.972,92 und Gesamteinnahmen von € 15.220.915,71

Die Gruppe 6 des außerordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 21.073.573,40 und Gesamteinnahmen von € 1.700.938,98

Die Gruppe 6 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und Abg. Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 7 (Wirtschaftsförderung)

Die Gruppe 7 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 71.047.336,17 und Gesamteinnahmen von € 3.101.339,56

Die Gruppe 7 des außerordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 2.650.000,00 und keine Gesamteinnahmen

Die Gruppe 7 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und Abg. Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 8 (Dienstleistungen)

Die Gruppe 8 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 2.516.612,72 und Gesamteinnahmen von € 6.105.593,73

Die Gruppe 8 des außerordentlichen Haushaltes enthält keine Gesamtausgaben und keine Gesamteinnahmen

Die Gruppe 8 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und Abg. Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 9 (Finanzwirtschaft)

Die Gruppe 9 des ordentlichen Haushaltes enthält Gesamtausgaben von € 638.909.859,31 und Gesamteinnahmen von € 1.641.308.255,26

Die Gruppe 9 des außerordentlichen Haushaltes enthält keine Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen von € 49.892.145,14

In der Diskussion werden Fragen zu den noch vorhandenen Swapgeschäften gestellt. Da eine erschöpfende Beantwortung im Rahmen der Sitzung nicht möglich erscheint, wird von LAD-Stellvertreter HR Dr. Prucher vorgeschlagen, die Beantwortung in den für 30. Juni 2017 vorgesehenen Finanzbericht aufzunehmen. Dann könne dieser Bericht jedoch nicht zeitgerecht zur letzten Sitzung am 28. Juni 2017 vorgelegt werden. Die Abgeordneten stimmen einer um zirka 14 Tage verspäteten Vorlage des Berichts mit detaillierten Ausführungen zu den zwölf Finanzgeschäften zu.

Die Gruppe 9 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und Abg. Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gesamtsummen des ordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen betragen € 3.045.447.294,70

Die Gesamtsummen des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen betragen € 86.723.392,26

Der Gesamthaushalt mit Ausgaben und Einnahmen beträgt € 3.132.170.686,96

Die Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2016 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und Abg. Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Antrag des Ausschusses:

Der Finanzüberwachungs- und Finanzausschuss stellt mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und Abg. Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Dem Rechnungsabschluss des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2016 wird gemäß Artikel 45 des Salzburger Landes-Verfassungsgesetzes 1999-L-VG die Genehmigung erteilt. Nach erfolgter Beschlussfassung im Landtag ist der Rechnungsabschluss im Internet öffentlich zugänglich zu machen.

Salzburg, am 21. Juni 2017

Der Vorsitzende:
Mag. Mayer eh.

Der Berichterstatter:
Mag. Scharfetter eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 28. Juni 2017:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, Grüne und der Abg. ohne Fraktionszugehörigkeit Fürhapter und Konrad MBA gegen die Stimmen von SPÖ, FPS und eine Stimme des TSS - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.